

## SWISSPORT GENF

## Verhandlungen gescheitert

**Yves Sancey/Übers. Fi** Nach mehr als einem Monat Kampf bei Swissport Genf hat eine Personalversammlung von fast 200 Personen am 12. Februar mit knapper Mehrheit einen zweijährigen «Krisen-GAV» abgelehnt.

Der Arbeitskonflikt war Anfang Januar eskaliert, als Swissport den über 1000 Mitarbeitenden in Genf Einzelarbeitsverträge mit massiv verschlechterten Anstellungs- und Arbeitsbedingungen zusandte und ihnen bei Nichtunterzeichnung bis 28. Januar mit der Kündigung drohte. Das Personal des Swissport-Standorts Genf ist seit 1. Oktober nicht mehr durch einen GAV geschützt. Nach zahlreichen Versammlungen und Aktionen des Personals, organisiert von den drei Gewerkschaften SEV, Syndicom und Avenir syndical, erklärte sich Swissport Ende Januar bereit, sich einer Schlichtung unter der Ägide des vom Staatsrat eingesetzten Mediators David Hiler zu unterziehen.

Doch zwei Wochen waren nicht genug, um eine gemeinsame Basis zu finden. An der Personalversammlung vom 12. Februar lehnten die Mitarbeitenden den jüngsten Vorschlag des Unternehmens mit knapper Mehrheit ab: 104 Nein, 79 Ja und 12 Enthaltungen. Das knappe Ergebnis zeigt, dass die Entscheidung schwierig war: Sowohl



Knapper Entscheid gegen den Krisen-GAV und für weiteren Kampf.

bei einer Annahme als auch bei einer Ablehnung des Krisen-GAV drohte den Mitarbeitenden eine starke Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Denn das Management hielt an Einsparungen von 25% durch Lohnkürzungen und erhöhte Flexibilität fest und machte nicht genügend Zugeständnisse, um die Versammlung zu überzeugen, schwere Opfer zu akzeptieren. «Die Geschäftsleitung hat es der Versammlung wirklich nicht leicht gemacht, die Vereinbarung zu unterstützen, da sie auf fast nichts verzichtet hat», sagt SEV-Gewerkschaftssekretär Pablo Guarino. «Der einzige Vorteil war,

einen Krisen-GAV zu haben. Zwischen einem Krisen-GAV und gar nichts, zog es die Mehrheit vor, ihre Handlungsfreiheit zu behalten.»

Zum weiteren Vorgehen sagt Pablo Guarino: «Nur eine grosse Mobilisierung könnte ein besseres Ergebnis bringen. Es wird schwierig sein. Mittelfristig hat auch die Politik eine Karte zu spielen. Eine der Ursachen für den Preiskampf am Flughafen ist die fehlende Regulierung. Branchen- oder Standort-GAVs würden es ermöglichen, gleiche Bedingungen für alle Unternehmen zu haben und den Dumping-Wettbewerb auf dem Rücken der Mitarbeitenden zu vermeiden.»

## NEUER CEO BLS

## Es warten grosse Herausforderungen

**Chantal Fischer.** Der SEV hat Kenntnis genommen von der Wahl Daniel Schafers als neuer CEO der BLS. Der derzeitige CEO der Energie Wasser Bern (EWB) wird sein neues Amt voraussichtlich per ersten September 2021 antreten.

Der SEV erwartet, dass mit dieser Ernennung wieder Ruhe ins Unternehmen einkehren wird, das zuletzt stark unter Druck geraten ist wegen Sparmassnahmen, der Subventionsaffäre und diverser Mängel bei der Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels, um nur einige zu nennen. «Das kann aber nur funktionieren, wenn Herr Schafer den Weg gemeinsam mit dem Personal geht», ist SEV-Präsident Giorgio Tuti überzeugt.

Für den SEV ist zentral, dass auch mit dem neuen CEO eine Sozialpartnerschaft gelebt wird, die von gegenseitigem Respekt geprägt ist. Für die Mitarbeitenden der BLS ist vor allem wichtig, dass es nach einigen Turbulenzen in den letzten Jahren nun wieder ruhiger wird im Unternehmen und sie sich vermehrt auf die Qualität ihrer Dienstleistungen konzentrieren

können. Denn Kernaufgabe des Unternehmens ist der Service public, der nur mit der tatkräftigen Unterstützung eines motivierten Personals zustande kommen kann.

«Herr Schafer wird einiges zu tun haben», ist sich SEV-Vizepräsident Christian Fankhauser bewusst. Der öffentliche Verkehr steht vor grossen Herausforderungen wie der demografischen Entwicklung, die vermehrt zu Personalmangel führt.

Auch verschärft sich der Fachkräftemangel, was für die Verkehrsunternehmen zunehmend problematisch wird. Nicht zuletzt bringt die fortschreitende Digitalisierung grosse Veränderungen mit sich. «Wir erwarten vom neuen CEO ganz klar, dass er die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnimmt auf diese Reise und sie bei den zahlreichen Herausforderungen unterstützt», so der Vizepräsident weiter.

Bis zum Antritt von Daniel Schafer gilt es, die BLS durch diese schwierige Zeit zu manövrieren und dabei die Sozialpartner bestmöglich einzubinden.

## EIDG. ABSTIMMUNG ZUM E-ID-GESETZ AM 7. MÄRZ

## Den Schweizer Pass privatisieren?

**SGB/Fi** Der Schweizerische Gewerkschaftsbund empfiehlt aus folgenden Gründen ein **Nein zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste**, über das wir am 7. März abstimmen: Das E-ID-Gesetz sieht nichts anderes als die **Privatisierung einer öffentlichen Aufgabe** vor. Dass es eine sichere und vertrauenswürdige Online-Identifikation braucht, ist unbestritten. Aber diese Aufgabe an gewinnorientierte Privatunternehmen zu verschreiben, ist **inakzeptabel, denn es geht um offizielle, sensible Daten, ein drohendes privates Monopol und um die Kontrolle der Preise für die Nutzer/innen.**

So hat die SwissSign Group, das Konsortium, das bereitsteht, einen privaten E-ID-Dienst zu betreiben, falls das E-ID-Gesetz angenommen wird, mehrere Krankensicherer in ihren Reihen. «Wer den Krankenkassen die Nutzung elektronischer Identitäten anvertraut, erhöht das **Risiko des Missbrauchs hochsensibler Daten** und setzt ein katastrophales Signal», warnt die stellvertretende VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey. Auch wenn der Missbrauch der Daten durch die privaten E-ID-Anbieter gesetzlich verboten sei, bleibe ein Restrisiko bestehen. Auch Pierre-Yves Maillard, Präsident des SGB ruft in Erinnerung, «dass die kommerzielle Durchdringung unserer Intimsphäre durch multinationale Firmen, die unsere Daten anhäufen



**Nein** am 7. März zum e-ID-Gesetz

und vermarkten, ungeahnte Gefahren mit sich bringt, die mittlerweile sogar an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln. In diesem Zusammenhang wäre die Privatisierung unserer digitalen Identität Irrsinn», hält Maillard fest.

Die personenbezogenen Daten, über die der Staat verfügt, sind gerade wegen ihres offiziellen und verbürgten Charakters von immenssem Wert. Vertraut man ihre Nutzung und die Ausstellung des Online-Gegenstücks zum Pass Privaten an, **bedroht dies auch den gleichberechtigten Zugang für alle**, da z.B. der Preis für unterschiedliche Sicherheitsstufen keineswegs gesetzlich geregelt ist.

**Der Schweizer Service public ist ein Erfolgsmodell.** Dass er nicht privatisiert wurde wie in vielen anderen Ländern Europas, ist nicht zuletzt den Gewerkschaften zu verdanken. Die Service-public-Logik muss auch in der digitalen Welt gelten: Es geht um den gleichberechtigten Zugang zu grundlegenden Diensten wie eben der Möglichkeit, seine Identität online offiziell nachweisen zu können. Die Schweiz kann zur Vorreiterin eines **digitalen Service public** werden. Sie verfügt über die notwendigen Ressourcen und Fachkenntnisse. Um diesen Weg zu beschreiten, braucht es zunächst ein klares Nein gegen die geplante Privatisierung.

## LESER/INNENBRIEF

## Eine Laufbahn geht zu Ende



**Egon Minikus,**  
früher UV Bau,  
jetzt PV St. Gallen

Glückwunsch lieber Markus Kaufmann, Zentralpräsident Bau. Mit grossem Interesse habe ich dein Interview in der SEV-Zeitung (Nr. 1/2021) gelesen. Ein Satz hat mich jedoch schon erstaunt. Du bleibst weiterhin Mitglied im SEV, aber: «Ich wechsele allerdings nicht zum PV, sondern bleibe beim Unterverband Bau, wo ich noch viele Kollegen habe.»

Diese Worte vom scheidenden Zentralpräsidenten machen mich schon etwas traurig. Im SEV gibt es ja das Zuteilungsreglement, das vorsieht, dass alle aktiven SBB-Bedienseten nach der Pensionierung automatisch in den Unterverband der Pensionierten (PV) umgeteilt werden. Das hat seine Gründe in der Situation, dass die Sektionen der Aktiven sich nicht mit den Problemen der Pensionierten herumschlagen wollen oder können, wie Pensionskasse, AHV oder FVP, um die wichtigsten zu nennen. Die SBB hat ja in der Fläche keine HR-Stellen mehr, wo sich Pensionierte hinwenden können. Also machen die 20 PV-Sektionen diese Dienstleistungen.

Ich mag mich noch gut erinnern, als ich in Pension ging: Man fühlt

sich mit 62 oder 65 einfach nicht so alt, um in den PV überzutreten, zu den grauen Häuptern quasi – das hat ja noch Zeit. Auch ich als Mitglied des UV Bau wollte eigentlich nicht wechseln, aber ich stellte fest, dass nur der PV meine künftige Begleitung kompetent erfüllen konnte. Und auch als PV-Mitglied ist es einem selbstverständlich nicht verboten, sich durch die ehemalige Sektion Bau weiterhin zu den Sektionsversammlungen einladen zu lassen, dort teilzunehmen und so den Kontakt zu den lieben Arbeitskollegen aufrechtzuerhalten.

Markus, du wirst andererseits im PV feststellen, dass an den Versammlungen plötzlich das vor vielen Jahren herrschende Zusammengehörigkeitsgefühl – «ich bin Bähnler, ich sitze mit allen anderen im gleichen Boot, ich ziehe am gleichen Strick» – wieder hochkommt. Da spielen Divisionen und Abteilungen und auch die Lohnklasse keine Rolle mehr. Es entwickeln sich immer wieder gute Gespräche über die Zeit von früher und von der Arbeit.

Ich muss einfach sagen, die SEV-Väter haben mit der Regelung, Neupensionierte in den PV umzuteilen, einen zukunftsweisenden Entschluss für die in Pension gehenden Mitglieder gefasst. Halten wir uns dran.